

Planspiel Resiliente Verwaltung

Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

vom 12. November 2025

Datum

13.11.2025

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Zuständigkeit	Abstimmung				
			Laut Vorschlag	abweichend	Ja	Nein	Enthaltung
Ausschuss für Organisation, Personal, Finanzen und Digitalisierung	04.12.2025	Vorbereitung					
Regionsausschuss	09.12.2025	Vorbereitung					
Regionsversammlung	16.12.2025	Entscheidung					

Beschlussvorschlag der Fraktion/Gruppe

Seite Entwurf (Produktdarstellung ab Seite 155 ff.)	Teilhaushalt Nr. / Bezeichnung
Seite 167 ff.	01 - Zentrale Steuerung

„Der Bereich Politische Bildung wird – in Kooperation mit einem geeigneten Projektträger – mit der Erstellung eines Sensibilisierungs- und Strategiekonzeptes für die Durchführung von Planspielen mit Verwaltungsmitarbeitenden aller Ebenen für eine resiliente Regionsverwaltung gegen verfassungsfeindliche Angriffe auf die Region Hannover, beauftragt.“

Hierfür sollen 10.000 € in den Haushalt 2026 zusätzlich eingestellt werden.

Sachverhalt

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland steht zunehmend unter Druck. In den vergangenen Jahren haben sowohl wissenschaftliche Studien als auch praktische Entwicklungen deutlich gemacht, dass demokratische Institutionen, politische Entscheidungsprozesse und insbesondere die kommunale Verwaltung verstärkt Angriffen und Destabilisierungsversuchen ausgesetzt sind. Diese reichen von rechtsextremen Diskursverschiebungen und gezielter Desinformation über Missbrauch demokratischer Beteiligungsrechte bis hin zu Bedrohungen gegen Verwaltungsmitarbeitende und gewählte Mandatsträger*innen. Das Thüringen-Projekt (<https://verfassungsblog.de/wp->

content/uploads/2025/06/Thueringen-Projekt_Abschlussbericht.pdf) hat gezeigt, dass effektive Maßnahmen zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung für die Verwaltung bestehen, wenn diese identifiziert und vorbereitet werden.

Die kommunale Ebene nimmt in diesem Kontext eine Schlüsselrolle ein: Einerseits als unmittelbare Vollzugsebene staatlichen Handelns, andererseits als potenzielle letzte Instanz, in der demokratiefeindliche oder verfassungswidrige Maßnahmen gestoppt werden können. Gleichzeitig ist die Verwaltung selbst Zielscheibe für Angriffe – sei es durch die gezielte Überlastung mit Anfragen, durch manipulative Gremienarbeit oder durch Einschüchterung von Mitarbeitenden. Diese Entwicklungen gefährden nicht nur den demokratischen Diskurs, sondern auch die Funktionsfähigkeit der Verwaltung.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, die Widerstandsfähigkeit – die Resilienz – der kommunalen Verwaltung gezielt zu stärken. Das Konzept „Wehrhafte Kommune“ bietet hierzu einen modularen Maßnahmenkatalog, der auf kommunaler Ebene umgesetzt werden kann. Es kombiniert organisatorische, rechtliche, personelle und kulturelle Ansätze zur Erhöhung der Handlungsfähigkeit und zur Verteidigung demokratischer Grundprinzipien.

Auf Basis der Workshops und Organisationsuntersuchung soll dann ein Planspiel (wie beispielsweise bereits für die Berliner Bibliotheken entwickelt <https://crisp-berlin.org/de/news/new/berliner-bibliotheken-zukunftssicher>) erarbeitet werden, welches die Verwaltungsmitarbeitenden sensibilisiert und bestärkt, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Die Expertise des mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus sollte mit einbezogen werden.

Anlage/n

Keine